

ÖKOJAGD aktuell

Neue Begrenzungen in Europa

BeGRENZte Vielfalt

Grenzzaunausbau in Eurasien – auch ein Hindernis für den internationalen Artenschutz.

Petra Kaczensky

Grenzgebiete sind oft dünn besiedelt und stellen vielerorts Rückzugsgebiet für bedrohte Tierarten dar; doch nur selten folgen Staatsgrenzen auch ökologischen Grenzen und machen somit für Wildtiere Sinn. Geschätzte 25.000 bis 30.000 Kilometer Grenzbefestigungen sichern die Grenzen Osteuropas und Zentralasiens. Hinzu kommen zunehmend teils eilig errichtete Grenzzäune, die Migrationsströme leiten sollen. Für viele Wildtiere sind diese Grenzzäune tödliche Fallen, in denen sie hängen bleiben, oder unüberwindbare Barrieren die ihren Lebensraum zerschneiden.

Internationale Politik und internationaler Artenschutz

Das Ende des Kalten Krieges, der Fall der Berliner Mauer und in Folge des gesamten Eisernen Vorhangs war nicht nur ein Meilenstein für die Bevölkerung, sondern hatte auch weitreichende positive Auswirkungen für den internationalen Artenschutz in Europa. Grüngürtel statt Grenzbefestigungen und grenzüberschreitendes Schutzgebietsmanagement haben vielerorts ein ökologisches Verbundsystem geschaffen, in dem Wildtiere alte Wanderwege wieder nutzen können. Ehemals isolierte Wildtierpopulationen stehen wieder im Austausch miteinander und andere Arten konnten sogar ihr Verbreitungsgebiet erweitern. Die im Verbund größere Ge-

samtzahl an Individuen erlaubt eine höhere genetische Vielfalt und macht die Wildtierbestände robuster gegenüber menschlichen Eingriffen und diversen anderen Umweltveränderungen. Die neu geöffneten Grenzen inspirierten die grenzübergreifende Zusammenarbeit im Natur- und Artenschutz in Eurasien und halfen, gemeinsame Strategien für die nachhaltige Nutzung und den langfristigen Schutz von Wildtieren zu entwickeln.

Der 11. September 2001 war ein Schock für die Welt und hat die geopolitische Lage drastisch und nachhaltig verändert. Krieg, internationaler Terror, und ein starkes Wirtschaftsgefälle haben Flüchtlingsströme in Gang gesetzt und die Sorge um die nationale Sicherheit wieder in den Vordergrund gedrängt. Viele Nationen haben damit begonnen, neue Grenzsicherheitszäune zu errichten oder bestehende Zäune zu verstärken. Das Ergebnis ist vielerorts eine dramatische Verringerung der Durchlässigkeit von Grenzen auch für Wildtiere. Eine Entwicklung die zwar in einigen Fallstudien aufgegriffen wurde, deren ganzes Ausmaß aber bisher noch nie dargestellt wurde.

Weitwanderer und andere Wildtiere mit großen Raumbedarf

Weltweit gibt es schätzungsweise 5.000-10.000 wandernde Arten. Ein Großteil davon kann fliegen – Zugvö-

gel, Fledermäuse und Insekten, oder lebt im Wasser – Meeressäuger, Schildkröten und Fische. Wandernde Arten unter den Landsäugetieren findet man hauptsächlich in der Gruppe der Huftiere. Eindrückliche Beispiele sind die vielzitierten Wanderungen der Streifengnus und Zebras in der Serengeti oder der Karibus in Alaska. Weniger bekannt sind die Weitwanderer Eurasiens wie Rentier, Rothirsch, Saiga-Antilope, Mongolische Gazelle, oder Asiatischer Wildesel.

Wandernde Arten finden man vor allem in saisonalen Klimazonen, also in höheren Breiten mit Sommer-Winter-Wechsel oder in Regionen mit einer ausgeprägten Abfolge von Regen- und Trockenzeiten. Um die Schwankungen in der Quantität und Qualität des Nahrungsangebots zu minimieren, lohnt es sich für bestimmte Tierarten deshalb, je nach Jahreszeit zwischen verschiedenen Gebieten hin und her zu wechseln. Oft erfolgt die Wanderung über Höhengradienten oder entlang der Nordsüdachse. Weitwandernde Tierarten sind durch Lebensraumzerschneidung – zum Beispiel durch Verkehrswege und Zäune – besonders gefährdet. Daher gibt es die Bonner Konvention zum Schutz wandernder Tierarten (Convention on Migratory Species CMS [2]), ein internationales Artenschutzabkommen, das für den Schutz von wandernden Arten und ihrem Lebensraum einschließlich ihrer Wanderkorridore über politische Grenzen hinweg eintritt.

Zäune in Eurasien

Geschätzte 25.000 bis 30.000 Kilometer Grenzbefestigungen sichern inzwischen wieder die Grenzen in Europa, dem Kaukasus und in Zentralasien (Abb. 2). Zwischen 14 EU und nicht-EU Ländern erstrecken sich inzwischen Zäune entlang von 13 Grenzen und über eine Strecke von etwa 2.250 km. In Zentralasien teilen sich 13 Länder 25 gezäunte Grenzen mit einer Gesamtlänge von 21.000 km. Diese Zäune stellen Barrieren für die Wanderungen von Wildtieren dar und verhindern den Austausch von Individuen. Dies betrifft vor allem die großen Huftiere wie Rothirsch, Rentier, Sai-

Asiatische Wildesel gehören zu den Weitwanderern unter den Landsäugetieren.
(Foto © P. Kaczensky)



Für die tierischen Wanderer gibt es ein eigenes Artenschutzabkommen, die „Bonner Konvention zum Schutz wandernder Tierarten“, die 1983 in Kraft getreten ist. Auch Österreich ist Mitglied dieses internationalen Abkommens, das den koordinierten Schutz wandernder Tierarten über Landesgrenzen hinweg sichern soll. Viele der weitwandernden Tierarten sind durch den Verlust geeigneter Lebensräume entlang ihrer Wanderrouen und durch Lebensraumzerschneidung – zum Beispiel durch Verkehrswege und Zäune – gefährdet.

Außer der Bonner Konvention sollen noch eine Reihe anderer internationaler, europäischer, nationaler und regionaler Abkommen und Strategien den Schutz der biologischen Vielfalt, kurz Biodiversität, durch gezielte Schutzmaßnahmen und den Erhalt von geeigneten Lebensräumen sichern. Wichtig sind dabei nicht nur Maßnahmen zum Schutz einzelner Arten, sondern auch Netzwerke von Schutzgebieten und Verbindungsachsen, etwa naturbelassene Wälder zwischen ihnen (Stichwort „Grüne Infrastruktur“). Besonders in Zeiten des Klimawandels sollten Wege für Tiere offen stehen, über die sie in geeignete Gebiete wandern können – für einige Arten verschieben sich geeignete Lebensräume mit steigender Temperatur zunehmend nach Norden oder in höhere Lagen. Aus diesem Grund wurde bereits viel Steuergeld in verbindende Infrastrukturmaßnahmen, wie etwa Grünbrücken über gezäunte Autobahnen, investiert, um diese für Wildtiere passierbar zu machen. So wurde zum Beispiel der Alpen-Karpaten-Korridor konzipiert, um Weitwanderungen des Rotwildes zu ermöglichen.

Die Rückkehr der Grenzzäune

Der große Andrang Schutzsuchender in Europa im Sommer 2015 hat in vielen Ländern zu eilig errichteten Grenzsicherheitszäunen geführt, um den Fluss von Menschen zu steuern oder zu stoppen. Die verstärkte Sicherung nationaler Grenzen ist ein Trend, der bereits mit einer neuen Sicherheitspolitik aufgrund der Attentate vom 11. September 2001 eingeleitet wurde. Diese Entwicklungen blieben unter Naturschützern zunächst weitgehend unkommentiert. Die Autoren der neuen Studie wollen sich nicht in die politische Debatte zur Sinnhaftigkeit der neuen Grenzsicherheitszäune einmischen. Die geopolitischen Veränderungen der letzten Monate und Jahre drohen aber zunehmend, die Erfolge im internationalen und grenzüberschreitenden Natur- und Artenschutz im Namen der nationalen Sicherheit quasi zu überrollen.

Im gesamten eurasischen Raum (Europa, Kaukasus und Zentralasien) befin-

den sich laut Schätzung der Experten um die 30.000 km Grenzzäune. Innerhalb der Europäischen Union gibt es derzeit fünf Länder mit Grenzzäunen, die sich insgesamt auf geschätzte 350–450 km belaufen. Die Zahlen ändern sich allerdings rasch, da neue Zäune gebaut oder bestehende verstärkt werden. Betroffen vom Zaunbau sind vor allem Rot-, Reh- und Gamswild sowie Braunbär, etwas weniger stark Schwarzwild, Luchs und Wolf. Provisorische Zäune, wie der an der kroatisch-slowenischen Grenze, bestehen teilweise aus improvisierten Stacheldraht-Konstruktionen (NATO-Draht), in denen sich Wildtiere besonders leicht und tödlich verheddern können.

Zwischen 14 EU- und Nicht-EU-Ländern erstrecken sich Zäune entlang von 13 Grenzen über eine Distanz von etwa 2.250 km. Außer den schon genannten Wildtierarten betrifft das hier auch noch wild lebende Rentiere, Elche und Wisente. In Zentralasien teilen sich 13 Länder 25 gezäunte Grenzen mit einer Gesamtlänge von 21.000 km. Weit über 20 Wildtierarten sind betroffen, unter anderem Asiatische Wil-

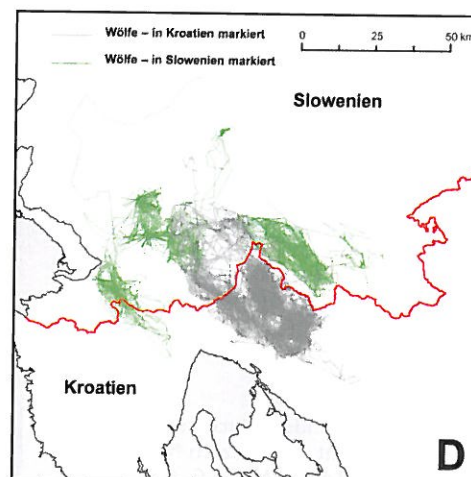
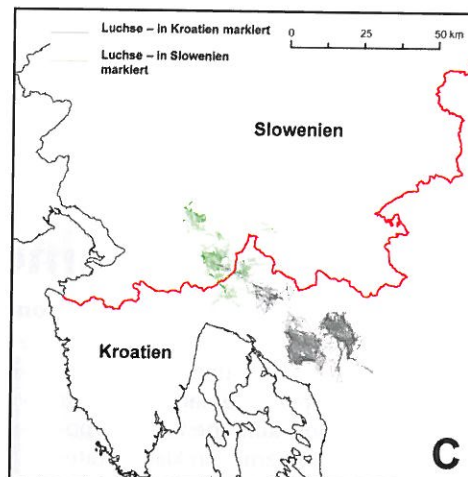
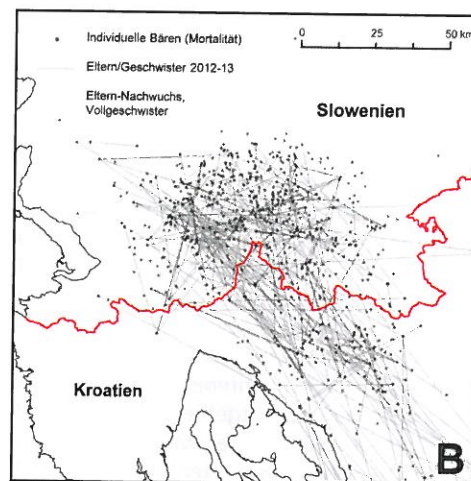
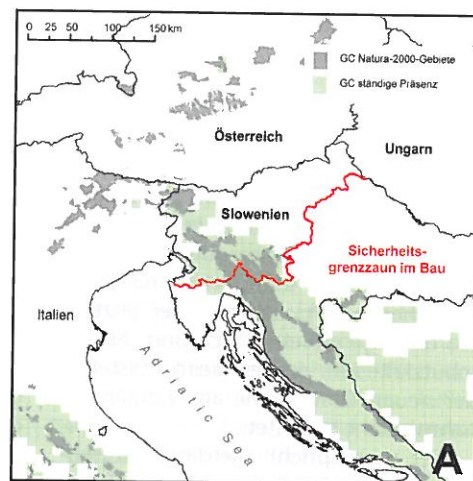
Kartierung neuer Grenzzäune in Europa und ihr Einfluss auf Wildtiere:

A: Der provisorische Grenzsicherheitszaun zwischen Slowenien und Kroatien droht, die Bestände von Braunbär, Luchs und Wolf in Slowenien von der Kernpopulation im Dinarischen Gebirge abzuschneiden und gefährdet dadurch auf lange Sicht gesehen ihr Überleben. Er zerschneidet außerdem das grenzübergreifende Natura-2000-Netzwerk und vermindert das Potenzial einer Wiederbesiedelung des Alpenraums durch Bär, Luchs und Wolf.

B: Die erwartete Auswirkung des Grenzzaunes auf Braunbären. Die Punkte repräsentieren 1.414 verschiedene Bären, die zwischen 2003 und 2013 genetisch identifiziert wurden; Verbindungslinien zeigen elterliche oder geschwisterliche Verwandtschaftsbeziehungen zwischen den einzelnen Tieren. Die Lage der Linien zeigt, dass es bislang – vor dem Bau des Zauns – einen regen Austausch von Bären zwischen Slowenien und Kroatien gab.

C und D: GPS-Positionen von besenderten Luchsen und Wölfen zeigen, dass diese Tiere die Grenze immer wieder überqueren und teilweise sogar grenzübergreifende Reviere haben.

(QUELLE: LINNELL ET AL., PLOS BIOLOGY, 22. 6. 2016, [HTTP://DX.DOI.ORG/10.1371/JOURNAL.PBIO.1002483](http://dx.doi.org/10.1371/journal.pbio.1002483))



desel, Wildkamele, Asiatische Geparden und Tiger.

Im Grenzbereich der Legalität

Während seit Ende des kalten Krieges in der Naturschutzpolitik die Bedeutung von ökologischen Netzwerken immer stärker hervorgehoben und vorangetrieben wurde, drängt die nationale Sicherheitspolitik vieler Länder jetzt in die entgegengesetzte Richtung. Naturschutzkriterien wurden beim Aufstellen der neuen Grenzzäune als Notfallmaßnahme nicht beachtet.

Dies widerspricht allerdings internationalen Verpflichtungen der einzelnen Staaten, die sich offiziell durch die Ratifizierung der Bonner Konvention, der Biodiversitätskonvention und der UNESCO-Welterbe-Konvention, um nur einige von mehreren multinationalen Abkommen zu nennen, zum Naturschutz bekennen. Innerhalb der Europäischen Union bestehen besondere legale Verpflichtungen, vor allem im Rahmen der Fauna-Flora-Habitat- und Vogelschutzrichtlinien. Diese sehen nicht nur den Schutz natürlicher Lebensräume und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten von gemeinschaftlichem Interesse in eigens ausgewiesenen Schutzgebieten (Natura 2000) vor, sie verpflichten Mitgliedstaaten auch dazu, diese Arten außerhalb von Schutzgebieten zu schützen. Die Errichtung von lebensraumzerschneidenden Zäunen bewegt sich also ganz abgesehen von personenbezogenen Regeln innerhalb der Union auch an den Grenzen der Legalität, was den Naturschutz betrifft.

Ende der grenzübergreifenden Zusammenarbeit für die Natur?

In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen muss man sich ernsthaft fragen, ob der bisherige grenzübergreifende Arten- und Lebensraumschutz noch praktikabel ist. Zumindest im östlichen Europa und in Zentralasien werden die Möglichkeiten für Wildtiere, Staatsgrenzen zu queren, immer geringer. Dennoch sollte man sich auf Maßnahmen einigen können, die die negativen Auswirkungen von Zäunen auf Wildtiere zumindest mindern. Hier sind Jagd, Wildtiermanagement und Naturschutz gefragt, gemeinsam mit Sicherheitsexperten mögliche Lösungen zu erarbeiten.

Grenzzäune werden aus vielen verschiedenen Gründen und als Reaktion auf unterschiedliche Bedrohungen errichtet. Einige dieser Bedrohungen bedürfen keiner kompletten Zäunung und erlauben es, an für Wildtieren wichtigen Punkten Öffnungen einzuplanen. Auch können einzelne Zaunabschnitte in Notzeiten oder zu bestimmten Zeiten nach Bedarf geöffnet werden, um Wildtierwanderungen zu ermöglichen. Zäune können auch so gebaut werden, dass zwar Wildtiere, nicht aber Fahrzeuge passieren können. Bevor ein Zaun gebaut wird, sollte zudem überlegt werden, ob nicht auch andere Möglichkeiten, wie Patrouillen, Videoüberwachung, Bewegungsmelder oder Satellitenüberwachung, als Alternative infrage kommen können. Wo Zäune unvermeidlich sind, muss einerseits das Wildtiermanagement neu überdacht, andererseits müssen Abschluspläne

oder Schutzstrategien an die veränderte Situation angepasst werden. Die Themen des langfristigen Artenschutzes sollten auch in Krisenzeiten nicht völlig in den Hintergrund treten. Derzeit nehmen Europäer laut einer EU-Eurobarometer-Umfrage³⁾ vor allem die Themen Migration von Menschen und Terrorismus dringlich wahr, während umweltrelevante Fragen weit hinten angereicht an neunter (Klimawandel) und zehnter (Umwelt) Stelle stehen. Die Migrationsbedürfnisse von Wildtieren erscheinen wohl auf den Radarschirmen der Wenigsten; umso wichtiger ist es, dass Wildtiermanager diese Thematik aufgreifen und in die öffentliche Diskussion einbringen.

Karin Svadlenak-Gomez, MSC,
Biodiversity Conservation

Mit freundlicher Genehmigung aus:
WEIDWERK, Österreichs auflagenstärkstem Jagdmagazin, Ausgabe 10-2016, S. 22-24.

Quellen

- 1) Die Studie ist in der internationalen Zeitschrift PLOS Biology am 22. 6. 2016 erschienen. LINNELL, JDC, TROUBWORST, A., BOITANI, L., KACZENSKY, P., HUBER, D., RELJIC, S. et al. (2016): Border Security Fencing and Wildlife: The End of the Transboundary Paradigm in Eurasia?
- 2) Daten zu Verbreitungsgebieten und Wanderwegen wandernder Tierarten gibt es übrigens im Weltregister wandernder Tierarten – Global Register of Migratory Species (GROMS, www.groms.de). Es enthält eine Referenzliste von 4.430 wandernden Wirbeltierarten.
- 3) Die Umfrageergebnisse können auf dem offenen Datenportal der Europäischen Union heruntergeladen werden: http://data.europa.eu/euodp/de/data/dataset/S2130_85_2_STD85_ENG

250.000 Stimmen für lebendige Landwirtschaft

Gemeinsame Pressemitteilung von BUND, DNR, NABU und WWF

258.708 Bürgerinnen und Bürger haben sich an der Online-Kampagne zur Diskussion um die künftige EU-Agrarpolitik beteiligt und damit ein klares Statement für eine verantwortungsbewusste Landwirtschaft an die EU-Kommission in Brüssel gesandt. Die beteiligten Umweltverbände BUND, DNR, NABU und WWF zeigten sich zufrieden angesichts der hohen Bürgerbeteiligung. Innerhalb von nur vier Wochen sei es gelungen, über 250.000 Menschen in den öffentlichen Befragungsprozess der EU-Kommission einzubinden und für die Belange von Bäuerinnen und Bauern, Umwelt und Verbraucherinnen und Verbrauchern zu mobilisieren. Zudem gelang es, ein



Grünlandumbruch in einem nach EU-Recht geschützten Natura-2000 Gebiet. (Foto © NABU G. Ostermann)